



Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter



info@bfe.de-mail.de
www.bfe.bund.de

Berlin, den 17.04.2018

Positionspapier des BfE zur Öffentlichkeitsbeteiligung in der Standortauswahl

Sehr geehrter 

anbei übersende ich Ihnen ein Exemplar des überarbeiteten Positionspapiers „Unterschiedliche Rollen – ein Ziel“ des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE). Es wird in Kürze gemeinsam mit dem finalisierten Ergebnisprotokoll des BfE-Workshops vom 17. Januar 2018 auf der Informationsplattform veröffentlicht.

Auf Grundlage der Dialogveranstaltungen mit dem Nationalen Begleitgremium (NBG), der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) und der Öffentlichkeit Anfang des Jahres wurde das Positionspapier weiterentwickelt, insbesondere wurden missverständliche Passagen überarbeitet. Die wohl umfangreichste Ergänzung im Positionspapier ist die Grafik zu den unterschiedlichen Beteiligungsgremien im Verfahren auf den Seiten 28 und 29. Sie dient dazu, die Chancen und Möglichkeiten der Beteiligung im Standortauswahlverfahren zu veranschaulichen.

Haben Sie Dank für Ihre Anmerkungen. Sie haben teilweise Eingang in das Dokument gefunden. Hier ein paar Beispiele:

- Der erste Satz auf S.7 hat eine Anpassung erfahren. Er heißt nun: "Mit dem Atomausstieg wurde eine politische Antwort auf den gesellschaftlichen Großkonflikt über die Nutzung der Kernenergie gefunden und damit die Voraussetzung für den Neustart in der Endlagersuche geschaffen."
- Es wurde präzisiert, dass im Jahr 2011 erneut der Atomausstieg beschlossen wurde.





- In dem Kapitel "Konflikte nutzen" haben wir ergänzt, dass dem Partizipationsbeauftragten bei der Identifikation und Auflösung von Konflikten eine vermittelnde Rolle zukommt.

Ihren Hinweis, das BMU würde als wichtiger Akteur in unserer Darstellung fehlen, haben wir geprüft. Allerdings fokussiert sich die Rollenbeschreibung der einzelnen Akteure in Kapitel 2.2 ausdrücklich auf den Bereich der Information und der Öffentlichkeitsbeteiligung. Deshalb findet das BMU dort keine Erwähnung. Wir haben allerdings im Vorwort des zweiten Kapitels ergänzt, dass das BMU für die Bundesregierung die gesamtpolitische Verantwortung bei der Standortsuche trägt.

Ihre weiteren Hinweise zu Detailfragen (zum Beispiel zur Informationsplattform und zur selbstlernenden und selbsthinterfragenden Behörde) nehmen wir gern mit in die weitere Diskussion.

Das nun vorliegende Positionspapier bildet die Grundlage für einen kontinuierlichen Dialog und für eine konstruktive, am gemeinsamen Ziel orientierte Zusammenarbeit. Insofern ist das Positionspapier ein lebendes Dokument. Darauf aufbauend kann nun die weitere Diskussion über konkrete Maßnahmen und Instrumente der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Standortauswahl erfolgen.

Im Auftrag

[REDACTED]